21. Wahlperiode

Drucksache **21/1707**

HESSISCHER LANDTAG

18. 02. 2025

Plenum

Antrag

Fraktion der CDU,
Fraktion der SPD,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Fraktion der Freien Demokraten

Für freie Selbstbestimmung und gerechten Frieden — Hessen bekräftigt seine fortwährende Solidarität mit dem ukrainischen Volk

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekräftigt seinen unverbrüchlichen Beistand gegenüber dem ukrainischen Volk. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg des russischen Regimes hat ihm unermessliches Leid gebracht. Tausende Soldaten sind im tapferen Freiheitskampf gefallen, unzählige Zivilisten haben ihr Leben durch russische Bombardements verloren. Der versuchte Landraub des russischen Regimes verfolgt eine imperiale Geostrategie, die den völkerrechtlichen Grundwert der souveränen Selbstbestimmung in schwerstem Maße verletzt. Das ukrainische Volk hat sich zu Europa und einer freiheitlich-demokratischen Ordnung bekannt. Das ukrainische Volk verteidigt dabei nicht nur seine Freiheit, sondern auch die Werte der europäischen Gemeinschaft. Allein dagegen richtet sich der verbrecherische Feldzug des russischen Regimes. Er darf deshalb keinen Erfolg haben. Die gegenwärtige Verteidigungslage an der ukrainischen Front im Osten erfüllt den Landtag vor diesem Hintergrund mit zunehmender Sorge.

2. Der Landtag fordert, dass die westliche Wertegemeinschaft das ukrainische Volk auch weiterhin unterstützt, damit es sich gegen die verbrecherische Aggression endlich wirksam verteidigen kann. Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika haben zusammen bisher Hilfsmittel in Höhe von insgesamt 246,5 Mrd. Euro bereitgestellt und weitere rund 120 Mrd. Euro zugesagt. Die wichtige Koordinierungsstelle der NATO in Wiesbaden-Erbenheim (NSATU — „Nato Security Assistance and Training for Ukraine“) steht im Zeichen dieser transatlantischen Verbundenheit. Der Landtag erwartet, dass das westliche Bündnis diese gemeinsamen Anstrengungen auch künftig unternehmen wird. Er fordert zugleich, dass die Bundesregierung ihre militärische Hilfe im Sinne einer gerechten Lastenteilung noch aufstockt. Künftige Verhandlungen mit Russland über einen Frieden setzen eine souveräne Unabhängigkeit der Ukraine mit echten Sicherheitsgarantien voraus. Der Landtag erinnert in diesem Zusammenhang, dass das russische Regime frühere Zusagen der Sowjetunion aus dem Budapester Memorandum des Jahres 1994 und eigene Zusagen in den Minsker Abkommen aus den Jahren 2014 und 2015 mutwillig gebrochen hat. Die Souveränität der Ukraine muss sich selbstverständlich auch in einer entsprechenden Beteiligung an den Verhandlungen selbst abzeichnen. Unabdingbar für die transatlantische Sicherheit und einen nachhaltigen Frieden auf dem europäischen Kontinent ist außerdem die entsprechende Beteiligung der Europäischen Union an den Verhandlungen.

3. Der Landtag begrüßt, dass auch das Land Hessen das ukrainische Volk nach besten Kräften unterstützt. Die wöchentlichen Lieferungen von 22 Tonnen Lebensmittel und die großen Hilfslieferungen von Gütern und Feuerwehrfahrzeugen, die zum Teil auch von den Kommunen bereitgestellt wurden, tragen dazu bei, das bedrückende Leid des ukrainischen Volkes zu mildern. Gemeinsam mit den hessischen Kommunen ist das Land bei der Unterbringung und der Betreuung der fast 100.000 in Hessen befindlichen Ukrainerinnen und Ukrainer ein verlässlicher Partner. Diese Menschen haben das Recht auf den Schutz des Landes Hessen und sie werden diesen auch stets nach besten Kräften bekommen. Mit der Änderung der Ukraine-Aufenthaltserlaubnis-Fortgeltungsverordnung wurden am 1. Februar 2025 noch gültige Aufenthaltserlaubnisse zum vorübergehenden Schutz automatisch um ein weiteres Jahr bis zum 4. März 2026 verlängert. Der Landtag dankt der

Eingegangen am 18. Februar 2025 Ausgegeben am 18. Februar 2025
Herstellung: Kanzlei des Hessischen Landtags · Postfach 3240 · 65022 Wiesbaden · www.Hessischer-Landtag.de

großen Zahl der Hessinnen und Hessen, welche die oftmals traumatisierten Kinder, Frauen und Männer mit großer Hilfsbereitschaft und ehrenamtlichem Engagement aufgenommen haben. Es sind vor allem Kinder, die besonderen Schutz, Sicherheit und Geborgenheit brauchen. Er sieht ebenfalls die besondere Schutzbedürftigkeit geflüchteter Frauen.

4. Der Landtag befürwortet die landesweiten Bildungs- und Integrationsangebote und unterstützt den Ausbau spezifischer Beratungs- und Unterstützungsangebote. Dazu gehört im schulischen Bereich insbesondere die intensive Deutschförderung in einer Vielzahl hierfür neu eingerichteter Intensivklassen für eine gelingende schulische Integration, einen möglichst reibungslosen Übergang in die Regelklassen und die Aussicht auf einen deutschen Schulabschluss. In besonderem Maße begrüßt der Landtag die Einführung des Schulversuchs „Ukrainisch als zweite Fremdsprache“. Das Fach erleichtert den jungen Menschen den Zugang zur gymnasialen Oberstufe. Mit der Erweiterung des Fremdsprachenangebots setzt die Landesregierung ein wichtiges Zeichen der Solidarität mit der Ukraine.

5. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung bereits Gespräche aufgenommen hat, um eine geeignete Partnerregion in der Ukraine zu finden. Das verleiht der Solidarität unter europäischen Nachbarn besonderen Ausdruck. Im weiteren Verlauf sollen die aus dem Krieg erwachsenen regionalen Herausforderungen bei der Auswahl einer Partnerregion berücksichtigt werden. Die Regionalpartnerschaft soll dabei nicht nur für die Dauer des Krieges, sondern mit einer langfristigen, nachhaltigen Perspektive vereinbart werden. Kommunale Partnerschaften sollen in diesem Rahmen nachhaltig unterstützt werden. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist ein solches Signal der Unterstützung gegenüber der ukrainischen Bevölkerung erforderlich, um zu zeigen, dass Hessen auch in Zukunft solidarisch an der Seite der Ukraine und ihrer Bevölkerung steht.

6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den Europaausschuss über den weiteren Verlauf der Gespräche mit der Ukraine regelmäßig zu unterrichten und in einem angemessenen Umfang in die künftige Willensbildung einzubinden. So kann sich die angestrebte Regionalpartnerschaft schlüssig in das hessische Gesamtkonzept der interregionalen Zusammenarbeit einfügen, die einen wertvollen Beitrag zur Vernetzung der Regionen und zur Vertiefung der europäischen Integration leistet. Eine Regionalpartnerschaft mit einer ukrainischen Region würde für diese nicht nur eine Brücke nach Europa schlagen, sondern auch bekunden, dass wir fest an der Seite der Ukraine stehen, die ihr Selbstbestimmungsrecht als souveräner Staat verteidigt.

7. Der Landtag missbilligt es, dass manche politischen Kräfte des deutschen Parteiensystems die schweren Untaten des russischen Angriffskriegs zu relativieren oder gar zu vertuschen versuchen. Relativierende Rhetorik, pseudopazifistische Wahlstrategien und eine programmatische Bindung an autoritäre Mächte gefährden unsere offene Gesellschaft — und verspotten das Leid des ukrainischen Volkes. Es hat einen gerechten Frieden verdient.

Wiesbaden, 18. Februar 2025

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Tobias Eckert

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)

Für die Fraktion
der Freien Demokraten
Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Stefan Naas